

## Abstract

Nur um jegliche Art von Illusion von Anfang an zu vermeiden: Es gibt nicht das Idealkonzept für eine staatliche Museumspolitik. Aber es gibt flexible Ansätze, mit denen man konsequent auf die Belange, Anforderungen und Probleme der Museen reagieren und das öffentliche Interesse berücksichtigen kann.

Dazu würde ich bis heute, trotz mittlerweile auch einschränkender Erfahrungen, das Stiftungsmodell zählen. Museumspolitische Ansätze, die vor allem die positiven Seiten, die Potentiale, die Chancen und Entwicklungsmöglichkeiten der Museen in den Focus nehmen und entsprechend unterstützen, gilt es noch zu entwickeln.

Reine Verwaltungsmodelle reichen nicht aus, um die Unternehmen, die die großen Museen nun einmal darstellen, adäquat zu führen. Nur wenn die Wirtschaftlichkeit eines Museum richtig erkannt und genutzt wird, entwickeln sich daraus auch die inhaltlichen Spiel- und Freiräume, die eine gute Museums- und Bildungsarbeit nun einmal benötigt.

Für mich, und ich hoffe dass ich damit für Diskussionsstoff Sorge, obliegt dem Staat mehr Verantwortung, als dieser in den letzten Jahren wahrgenommen hat. Soll heißen: Museen von nationaler Bedeutung können nicht in ein staatsfernes Trägermodell, wie es teilweise die Stiftung ist, entlassen werden. Der Staat muss die Verantwortung für sein nationales kulturelles Erbe übernehmen und sichern und es definitiv davor bewahren, das es in die Nähe von privaten oder rein wirtschaftlichen Interessen gerät. Vor allem ist es notwendig, nicht in der Tradition verhaftet zu bleiben, sondern dem kulturellen Erbe Zukunft zu geben.

Das bedeutet, dass langfristige Ziele, klare und verbindliche Konzepte und Programme vorliegen müssen, Museumsentwicklungskonzepte, auf die sich die Verantwortlichen in der Staatsverwaltung und den Museen einigen können.

In der Umsetzung bedeutet dies, dass die Aufsichtsgremien eindeutig unter dem Vorsitz des Staates verbleiben müssen, Public-Private-Partnership-Modelle, die sich zu sehr privaten wirtschaftlichen Interessenten öffnen, sind hier nicht angebracht. In der Umsetzung muss den Museumsleitern allerdings ein großer Spielraum eingeräumt werden, da sonst nicht die oben erwähnten Potentiale ausgeschöpft werden können.

Wichtig erscheint mir, neue Modelle zu entwickeln, die vor allem die Grundaufgaben des Museums - Sammeln, Bewahren, Forschen, Präsentieren - mit den wachsenden Aufgaben des Wirtschaftsbetriebs Museum kompatibel machen. Sinnvoll erscheint mir dabei, zwischen dem inhaltlich-wissenschaftlichen, bildungsorientierten Bereichen und den profitorientierten Bereichen zu unterscheiden. Am Rande sei gesagt, dass ich nach alle den Jahren des Experimentierens für das Kerngeschäft bin, ein Kurator soll sammeln, forschen, präsentieren und nicht T-Shirts entwerfen und verkaufen. Dazu gibt es Profis, die dies besser können. Zu überlegen wäre somit, ob die rein betriebswirtschaftlichen Bereiche in einer Betriebs-GmbH gebündelt werden. Ob es dabei sinnvoll ist, eine solche GmbH für mehrere Museen zusammenzufassen, muss kritisch überprüft werden.

Evident ist hingegen der Mangel an Kooperationen im Bereich der Forschung, der Repräsentation im Ausland, des Marketings, des Tourismus, der Werbung insgesamt und der Logistik.

Zusammengefasst: Museumspolitik muss sich als langfristige verlässliche Planung darstellen, die gemeinsam vom zuständigen Träger und den Verantwortlichen für die Museen erarbeitet werden (Planungssicherheit). Die Funktion eines Aufsichtsratsvorsitzes liegt eindeutig beim zuständigen Träger, wenn es sich um Institutionen nationalen kulturellen Erbes handelt.

Die inhaltliche und wirtschaftliche Verantwortung liegt bei der jeweils zuständigen Institution, d.h. möglichst viel Autonomie bei klarer Zieldefinition und geregelten Berichtsverfahren (kein übertriebener Kontrollfetischismus, weil sonst die inhaltliche Arbeit leidet).

Bei Defiziten müssen klar geregelte Maßnahmen greifen, z.B. Arbeitsgruppen aus Ministerien und Museen.

Kernbereich ist die wissenschaftliche und bildungsorientierte Arbeit, die profit-orientierten Anteile der Museumsarbeit sollten in einer GmbH gebündelt werden.

Ein Wunsch: Mehr kultur/museumspolitische Debatten! Ein Minister, der sich nur als Geldbeschaffer versteht, kann nicht als Vertreter einer Kulturnation bezeichnet werden. Hier bin ich altmodisch: Kultur beinhaltet auch einen kritischen, politischen, öffentlichen Diskurs.

++++